

# Keine dubiosen Deals mehr mit Autokraten

Was Europa nach Moria tun kann – und tun muss | Von Ramona Lenz

Moria ist abgebrannt und es ist gut, dass in diesem Elendslager kein Mensch mehr leben muss.

Seit vielen Jahren schon sind die Zustände dort unhaltbar gewesen. Zuletzt war das Flüchtlingslager auf der griechischen Insel Lesbos, das auf die Unterbringung von weniger als 3000 Menschen ausgerichtet war, mit nahezu 13000 um ein Vielfaches überbelegt. Dann kam Corona und es wurde alles noch schlimmer. Angesichts des Gedränges und desolater hygienischer Verhältnisse waren die Menschen im Lager der Pandemie schutzlos ausgeliefert. Nur wenige Tage vor dem Brand wurden erste Covid-19-Fälle unter den Flüchtlingen bekannt. Inzwischen hat die griechische Regierung ein neues Lager für die Menschen aus Moria errichtet, in das die meisten jedoch nur sehr zögerlich oder erst nach Aufforderung durch die Polizei gehen. Viele haben Angst, dass es sich um ein geschlossenes Lager handelt. Und dass sich wiederholt, was sie bereits aus Moria kennen: Aus einer schlechten Übergangslösung wird ein noch schlechterer Dauerzustand. Eine Sorge, die sie – wenn auch aus unterschiedlichen Beweggründen – mit vielen Inselbewohnerinnen und Inselbewohnern teilen.

Evakuiert Moria, verteilt die 13000 in Europa oder – wenn ihr euch auf EU-Ebene nicht einigen könnt – holt sie alle nach Deutschland! Und zwar sofort! Mit dieser Forderung gehen die Seebrücke-Bewegung und andere mit Tausenden von Menschen deutschlandweit unermüdlich auf die Straße. Richtig ist: Menschen in Not muss geholfen werden. Und dass es andere nicht tun, kann keine Ausrede sein. Zu lange hat man die Menschen von Moria schon hingehalten und ihrer Rechte beraubt. Es ist am reichsten Land Europas, sich nicht länger hinter einer „europäischen Lösung“ zu verstecken, sondern voranzugehen bei der Aufnahme. Zugleich ist es aber auch



Vom Regen unter Umgehung der Traufe in noch etwas anderes geraten: ein vor Krieg und Feuer Geflüchteter mit seinem letzten Hab und Gut?

richtig zu fragen: Und was ist mit den anderen Flüchtlingen in Griechenland? Mit denjenigen, die nach ihrer Anerkennung obdachlos in Athen leben, oder mit denjenigen, die weiter in den Lagern auf Chios, Kos, Leros und Samos ausharren müssen, wo teilweise auch erste Corona-Fälle bekannt wurden? Und wie weiter mit den Millionen Flüchtlingen auf der ehemaligen Balkanroute, in den italienischen Hotspots, in der Türkei, im Libanon, in Syrien, in Libyen, auf dem Mittelmeer oder in den Ländern der Sahelzone?

Mehr als alle anderen genannten Orte hat Moria in den letzten Jahren die internationale Aufmerksamkeit für die Situation von Flüchtlingen auf sich gezogen. Tausende von internationalen Helferinnen und Helfern waren vor Ort, Hunderte von Journalistinnen und Journalisten haben berichtet. Doch ihre Weckrufe wurden überhört. Zu sehr hat man offenbar auf eine abschreckende Wirkung der Bilder aus Moria gehofft und sich gegenseitig die Verantwortung zugeschoben.

Jetzt ist es höchste Zeit anzuerkennen: In Moria ist das EU-Türkei-Abkommen mit seinem Hotspot-Ansatz krachend gescheitert. Das Abkommen, das 2016 als Lösung der so genannten „Flüchtlingskrise“ präsentiert wurde, hat mit seinem Hotspot-Konzept Orte des Elends und der Entrechtung wie Moria an den EU-Außengrenzen hervorgebracht und verstetigt. Von den angekündigten beschleunigten Asylverfahren ist dort nichts übrig geblieben, was menschenrechtlich vertretbar wäre. Grundlegender Rechte beraubt, sehen sich viele Flüchtlinge in den Hotspots daher gezwungen, alles dafür zu tun, um als vulnerabel eingestuft zu werden. Denn es sind schon lange nicht mehr ihre Rechte, die ihnen zu einem menschenwürdigen Leben verhelfen. Die Menschen sind vielmehr einem Wettbewerb der Vulnerabilitäten unterworfen. Humanitäre Nothilfe vor Ort und die Aufnahme von Familien mit Kindern aus humanitären Gründen dürfen daher niemals als Antwort auf Moria genügen. Es muss immer auch darum gehen, das Recht

auf Rechte zu verteidigen, das in Moria vor unser aller Augen unterhöhlt wurde und um das es auch in dem neu errichteten Lager auf Lesbos aller Voraussicht nach nicht gut stehen wird.

Moria macht exemplarisch deutlich: Es ist keine Lösung, Menschen dauerhaft in Lagern an den Rändern der EU anzusiedeln. Und wenn die EU-Kommission jetzt die Dublin-Verordnung in Frage stellt, die eben diesen Ländern bislang sämtliche Asylverfahren von Ankommenden aufbürdete, ist das erst mal ein gutes Zeichen. Doch nicht nur die Dublin-Verordnung gehört revidiert, sondern auch die Politik der Deals. Wer sich auf dubiose Tauschgeschäfte mit unberechenbaren Autokraten einlässt, die Flüchtlinge von Europa fernhalten sollen, erklärt Menschen zur Verhandlungsmasse und macht sich erpressbar. Schon mehrfach hat der türkische Regierungschef infolge des EU-Türkei-Abkommens bewiesen, dass er sich nicht davor scheut, Flüchtlinge als Druckmittel einzusetzen, zuletzt Anfang des Jahres als er Tausende von ihnen an die Grenzen zu Griechenland bringen ließ. Gleichzeitig hat er die Grenze zu Syrien massiv hochgerüstet, sodass niemand aus dem nach wie vor vom Krieg erschütterten Land mehr in Richtung Türkei fliehen

kann. Im syrischen Idlib sitzen nun Hunderttausende fest, ohne Schutz vor Bomben und Corona – eine Kettenreaktion, die nicht zuletzt auf das Konto des EU-Türkei-Deals geht. Dennoch wird dieser Deal immer wieder als Blaupause für ähnliche Abkommen mit anderen Ländern gehandelt.

Neu ist dieses Vorgehen allerdings nicht. Längst nutzt die EU Handelsbeziehungen und Entwicklungshilfezahlungen als Druckmittel, um Kooperation bei der Steuerung von Flucht und Migration zu erzwingen. Sei es in der Zusammenarbeit mit einem der ärmsten Länder der Welt wie Niger oder mit dem vom Bürgerkrieg zerrütteten Libyen, in dem Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge erwiegenermaßen in Folterlagern gefangen gehalten werden.

Dem EU-Türkei-Abkommen wie anderen vergleichbaren Deals liegt die letztlich koloniale Idee zugrunde, man könne steuern in Flucht- und Migrationsbewegungen andernorts eingreifen, ohne den jeweiligen Kontext zu berücksichtigen. Und ohne die eigene Beteiligung an fernen Ereignissen und Katastrophen anzuerkennen. So werden beim EU-Türkei-Abkommen die politische Gemengelage um die Türkei herum und die weitreichenden Folgewirkungen des Abkommens bis hin zum Mauerbau an der syrischen Grenze ebenso ausgeblendet wie der vielschichtige geopolitische und sozioökonomische Kontext, in dem die Länder der Sahelzone und Nordafrikas stehen. Fragwürdige Deals einzugehen und sich ohne Berücksichtigung der Umstände gegenseitig Zahlen zuzurufen, ist keine Politik, sondern unwürdiges Geschacher. Wenn wir das nicht wollen und Zustände wie in Moria der Vergangenheit angehören sollen, müssen wir akzeptieren: Schnelle und einfache Lösungen, ausgedacht in Brüssel oder Berlin, sind keine Grundlage für eine zukunftsweisende menschenrechtsbasierte Politik. Und letztere wird es ohne fundamentale Veränderungen nicht geben.

**DR. RAMONA LENZ**

ist Kulturanthropologin und arbeitet seit 2011 in der Öffentlichkeitsabteilung der Frankfurter Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international. Seit 2015 beschäftigt sie sich als Referentin für Flucht und Migration mit den Auswirkungen, die das europäische Grenzregime auf Menschen an den EU-Außengrenzen und weit darüber hinaus hat.

## AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



**GÜNTER BANNAS**

ist Kolumnist des Hauptstadtbriefts. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

## Prätorianer

Alles schon gelaufen oder wird jemand unterschätzt, wenn es um die Frage geht, wer die CDU künftig führen wird? Drei Kandidaten gibt es: Armin Laschet, Friedrich Merz und Norbert Röttgen. Laschet, Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen, verbucht es als Erfolg, dass die CDU dort stärkste kommunale Partei blieb; doch hat sie drei Punkte verloren und so schlecht abgeschnitten wie seit 1946 nicht mehr. Merz ist seit Jahren nicht mehr in der operativen Politik tätig, erfüllt aber (deshalb?) die Sehnsüchte vieler CDU-Anhänger nach klarer Kante. Keinesfalls würde er als CDU-Vorsitzender auf die Kanzlerkandidatur verzichten. Auch Laschet könnte das nicht.

Aber was ist mit Norbert Röttgen? Der jüngste der Bewerber gilt angeblich als Außenseiter. Manche nannten ihn, wenig schmeichelhaft, „Mutti Klügsten“. Doch seinen Wahlkreis nahe Bonn gewann er seit 1994 stets direkt. Er war Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion, Ko-Autor des CDU/CSU-Wahlprogramms 2009 und dann Bundesumweltminister. 2010 setzte er sich bei einer Mitgliederbefragung gegen Laschet durch und wurde CDU-Landesvorsitzender in NRW. Wie Laschet gehörte er zum schwarz-grünen Freundeskreis („Pizza-Connection“), der Prätorianergarde Angela Merks – bis er verstoßen wurde.

Das war nach seiner Niederlage bei der Landtagswahl 2012, die darauf zurückgeführt wurde, Röttgen habe sich nicht festgelegt, ob er auch als Oppositionsführer nach Düsseldorf wechseln würde. Dem „Angebot“ der Kanzlerin aber, „freiwillig“ zurückzutreten, beugte er sich nicht schmolend zurück. In der Außenpolitik fand er ein neues Arbeitsfeld. Er setzte andere Akzente als Merkel, wurde aber nicht wie Merz zum Daueropponenten. In manchen Umfragen hat er Laschet überholt. Sollte es Röttgen auf dem Parteitag (mit Merz) in die Stichwahl schaffen, sind ihm Stimmen aus dem unterlegenen Laschet-Lager sicher. Weil er am ehesten auf die Kanzlerkandidatur verzichten könnte, stehen die Delegierten vor der Entscheidung: Wer Markus Söder als CDU/CSU-Spitzenkandidaten haben will, auch weil der CSU-Chef mehr Bundesmandate garantiert als Merz oder Laschet, muss Röttgen zum CDU-Vorsitzenden wählen. Unversehens kann es passieren, dass der Außenseiter zum nicht mehr nur heimlichen Favoriten mutiert.

# Hölle und Himmel

75 Jahre Vereinte Nationen: Hehre Ziele und eine Unzahl von Problemen | Von Klaus Prömpers

Vor einem Dreivierteljahrhundert trat die Charta der United Nations (UN) in Kraft: die Sicherung des Weltfriedens, die Einhaltung des Völkerrechts, der Schutz der Menschenrechte und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit waren – und sind bis heute – deren vorrangigen Ziele.

Aktuell wirken UN-Blauhelme in 13 Ländern friedenserhaltend: von der indisch-pakistanischen Grenze über den Kosovo bis zu den Golanhöhen, der Westsahara und Zypern. Nicht immer erfolgreich. Der Schwede Dag Hammarskjöld, von 1953 bis 1961 ihr zweiter Generalsekretär, hatte den Auftrag der Organisation auf die Formel gebracht: „Die UN sind nicht gegründet worden, um die Menschen in den Himmel zu bringen, sondern um die Menschen vor der Hölle zu retten“.

Die Vereinten Nationen blicken auf positive Ergebnisse zurück. Aber sie konnten weder Kriege noch Armut endgültig stoppen. Etwa 260 Kriege gab es seit Gründung. Mehr und mehr nichtstaatliche Akteure versuchen mit Waffengewalt, ihre ideologischen Ziele durchzusetzen. Die Vereinten Nationen reagieren mit Appellen und Verurteilungen, selten mit gemeinsamen Aktionen, obwohl die Charta das vorsieht. Weder wirtschaftliche Ungleichheit noch

Ungerechtigkeit der Geschlechter wurden überwunden.

Mit der weltweiten Covid-19-Pandemie zeigt sich in der UN erneut deren Problem, zu einem gemeinsamem Handeln zu finden. UN-Generalsekretär António Guterres forderte im März angesichts des Ausmaßes der Krise einen sofortigen weltweiten Waffenstillstand. Der einstige portugiesische Premier bezeichnet die Covid-19-Pandemie als die größte globale Bedrohung der Sicherheit.

Doch die UN spielen bisher eine geringe Rolle bei deren Bekämpfung. Bereits heute sind 51 Prozent aller möglicherweise verfügbaren Impfstoffe von den USA, Großbritannien, Japan und einigen Europäern vom Markt weggekauft, bevor sie überhaupt zugelassen sind. Guterres' Appelle, den Impfstoff für alle verfügbar zu machen, sind bisher verpufft. Die Pandemie führte zu einem weltweiten Einbruch der Wirtschaft, der die Ärmsten am stärksten trifft. Die UNO verspricht derweil, sie werde gestärkt aus der Krise hervorgehen – es ist jedoch gänzlich unklar, wie dies konkret gelingen soll.

Auf der Tagesordnung des Gipfels der kommenden zwei Wochen stehen neben dem Kampf gegen das Virus auch der Klimawandel, Biodiversität und die Reform

der Vereinten Nationen. Das meiste wird virtuell ablaufen, Bundeskanzlerin Angela Merkel zu mehreren Themen Videoschicken.

Die Konflikte bestehen weiter: Jemen, Syrien, Libyen, Südsudan, Kongo stehen als besonders blutige Beispiele für Kriege, welche die UN bisher nicht beenden konnte. Die Charta der UN vom 26. Juni 1945 forderte, die „Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren [...] unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau, sowie von allen Nationen, ob groß oder klein, erneut zu bekräftigen“. Diese Forderungen gilt es nach wie vor zu verwirklichen und das ist 2021 schwieriger als je zuvor. Die 2015 verabschiedeten nachhaltigen Entwicklungsziele bis 2030

**KLAUS PRÖMPERS**

leitete als Korrespondent die ZDF-Studios in Wien und New York. Zuvor war er für die Sendung Bonn direkt verantwortlich. Er lebt in Wien.

zu realisieren, ist durch die Pandemie kaum mehr möglich. Armut und Ungerechtigkeit nehmen wieder zu. Die Geburtstagsversammlung will vor allem den Stopp des Klimawandels und die Bekämpfung der Armut in den Mittelpunkt stellen.

Dies alles angesichts der immer größeren Schwierigkeiten, gemeinsam zu handeln. Der Multilateralismus ist in den vergangenen Jahren unter die Räder gekommen. Mit Staats- und Regierungschefs wie Xi Jinping, Wladimir Putin, Jair Bolsonaro, Narendra Modi, Rodrigo Duterte und Donald Trump ist ein neuer Nationalismus gewachsen, der auch in Europa seine Nachahmer gefunden hat. In Europa muss man mindestens Viktor Orbán, Jaroslaw Kaczyński, Bojko Borissov und Boris Johnson dazuzählen, die sich mit allen Mitteln bemühen, ihre Macht zu festigen und auszubauen – teils auf Kosten von rechtsverbindlichen Verträgen, teils durch den Bruch von Prinzipien, die die Demokratie ausmachen.

Und in allen Fällen stehen die UN machtlos da.

Nach fast vier Jahren Trump-Regierung in den USA, langen Jahren der Regierung von Xi Jinping und Putin ist der Sicherheitsrat durch die gegenseitige Blockade von drei der fünf ständigen Mitglieder

nahezu aktionsunfähig. Trump hat im März 2018 das Wiener Iran-Abkommen von 2015 aufgekündigt, das Iran vom Bau einer Atombombe abbringen sollte. Wirksam wird der Ausstieg ausgerechnet am 20. September. Der US-Präsident will jene Sanktionen wieder einführen, die nach Verabschiedung des Deals per Sicherheitsratsbeschluss aufgehoben worden waren.

China, Russland, Frankreich, Großbritannien und Deutschland stimmten dem Antrag der amerikanischen Regierung im Sicherheitsrat nicht zu. Dennoch wird die Wiedereinführung der scharfen Sanktionen Iran noch weiter von der Welt isolieren.

Gegen die nationalistischen Alleingänge gründeten vor zwei Jahren Deutschland und Frankreich die Allianz zur Stärkung des Multilateralismus. 65 der 193 Mitgliedsstaaten der UN machen mit. Den Vereinten Nationen wäre ein zweiter Frühling zu wünschen – zu befürchten ist allerdings, dass der gegenwärtige Winter anhält.

**DER HAUPTSTADTBRIEF.** Der Hauptstadtbrief - Bester Journalismus samstags und sonntags in Ihrem Postfach. Jetzt bestellen auf: [www.derhauptstadtbrief.de/newsletter](http://www.derhauptstadtbrief.de/newsletter)